

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

106. Sitzung

Berlin, Freitag, den 30. April 2004

Zusatztagesordnungspunkt 6:

Aktuelle Stunde auf Verlangen der Fraktion der FDP: **Haltung der Bundesregierung zur Allgemeinen Wehrpflicht und zu Plänen für ein soziales Pflichtjahr**

9633 A

Petra Pau (fraktionslos):

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP und die PDS lehnen die Wehrpflicht ab. Ich gebe zu, unter meinen Stichworten stand bis zur Rede des Kollegen Nachtwei auch noch: die Grünen.

(Winfried Nachtwei [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was hat denn meine Rede daran geändert?)

Die PDS lehnt die Wehrpflicht nicht erst seit dem Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln ab, sondern ist grundsätzlich gegen die Wehrpflicht, übrigens auch als Lehre aus einer gewissen Vergangenheit; dazu komme ich gleich noch. Die SPD tut sich mit dem Urteil schwer, ich könnte es auch andersherum sagen: Sie nehmen es auf die leichte Schulter und hoffen nun auf „bessere Richtersprüche“. Die CDU/CSU ficht ohnehin für die Wehrpflicht; das ist nicht neu, es macht die Wehrpflicht allerdings nicht besser.

(Eckart von Klaeden [CDU/CSU]: Ihre Gegnerschaft macht sie aber auch nicht schlechter!)

Die PDS ist der Meinung: Die Wehrpflicht ist ein Relikt aus dem vorigen Jahrhundert.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Zuruf von der CDU/CSU: Wenn schon, dann aus dem vorvorigen!)

Wir lehnen sie aus drei Gründen ab: Es gibt hierzulande zwar eine Wehrpflicht, aber keine Wehrgerechtigkeit. Die FDP hat gesagt: Die Einberufungspraxis ist eine Lotterie. Das stimmt – mit einem Unterschied: Lotto kann man spielen, man kann es auch sein lassen. Die Wehrlotterie ist hingegen kein wahlfreies Glücksspiel, sondern eine Pflichtveranstaltung.

Der zweite Grund für unsere Ablehnung: Die Wehrpflicht ist nicht nur eine Pflichtveranstaltung, sie ist ein Zwangsdienst. Die PDS lehnt Zwangsdienste jeder Art ab, also auch die so genannten Wehersatzdienste, egal unter welchem Namen sie verordnet werden.

Der dritte Grund: Die Wehrpflicht ist nicht irgendein Zwangsdienst, sie ist ein Zwang zum Kriegsdienst, allemal angesichts der herrschenden Militärdoktrin, die weltweite Einsätze inzwischen als Normalfall vorschreibt;

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

wir haben unter dem vorigen Tagesordnungspunkt gerade darüber debattiert.

Die Wehrpflicht ist also überholt, sie ist ungerecht und sie ist obendrein friedensgefährdend;

(Zurufe von der SPD: Oh!)

auch deshalb sagen wir Nein.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch
[fraktionslos])

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte das Thema „Wehrpflicht“ nun allerdings noch etwas ausweiten. Ich teile nämlich die Auffassung:

Wer soziale Hilfe in Anspruch nimmt, darf nicht diskriminiert werden.

Eigentlich müsste ich jetzt Beifall aus den Reihen der SPD-Fraktion hören, denn dieser Satz stammt aus Ihrem noch gültigen Grundsatzprogramm. Ihre Politik anno 2004 sieht allerdings ganz anders aus: Wer soziale Hilfe braucht, wird von Ihnen in Arbeit gezwungen, egal zu welchen Bedingungen und zu welchem Preis. Das ist das Herzstück Ihrer so genannten Arbeitsmarktreformen.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Während die einen also gegen Zwangsdienste beim Militär kämpfen, führen andere Zwangsdienste auf dem Arbeitsmarkt ein. An dieser Stelle schließt sich leider die übergroße Koalition von Grünen bis zur CSU. Nach Ihrer Argumentation gegen Zwangsdienste, Frau Dümpe-Krüger, die bemerkenswert war, hätten Sie große Teile der Hartz-Pakete eigentlich ablehnen müssen, damit solche Zwangsdienste am Arbeitsmarkt nicht eingeführt werden.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Die PDS will beides nicht: Sie will keinen Zwang zum Krieg und keinen Zwang zur Fron.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Vizepräsidentin Dr. h. c. Susanne Kastner:

Nächster Redner ist der Kollege Klaas Hübner, SPD-Fraktion.